

Neuer Arnstädter Anzeiger

offen • kontrovers • demokratisch



Herausgegeben von Cornelia Schmidt, Jens Petermann und Jan Kobel

Aus dem Inhalt

Seite 2

> Bericht aus dem Ausschuss Jugend, Soziales und Sport
> Das langsame Sterben des Vereinslebens

Seite 3

> Andreas Adolf über Alexander Dill
> Stillstand am Rabenhold

Seite 4

> Frischer Blick auf Arnstadts Schätze
> Ortsteile Arnstadt gehen leer aus

Ein traditioneller Name lebt wieder auf

Arnstädter Anzeiger gegründet 1891

Vor bald 125 Jahren, im April 1891, erschien die erste Ausgabe des Arnstädter Anzeigers, der für viele Jahrzehnte die Tageszeitung der Stadt war. Erst mit Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Zeitung eingestellt.

Wir knüpfen heute mit dem Neuen Arnstädter Anzeiger an diese Tradition und diesen Namen an und wollen auch über den Termin 24. Januar 2016 hinaus das städtische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in unserer Stadt begleiten – wenngleich nicht als Tageszeitung.

Denn wir sind der Überzeugung, dass es Arnstadt nur gut tun kann, wenn es eine vielfältige Presselandschaft gibt. Im Internet erfreut sich der Blog „Arnstadt-wohin.de“ bereits zunehmender Anerkennung. Aber kein Blog und keine Facebook-Präsenz können das gedruckte Wort ersetzen.

Schreiben Sie uns, wie Sie diese Zeitung finden, wir freuen uns auf eine offene und auch kontroverse Diskussion.

Die Herausgeber



Der Arnstädter Anzeiger in einer Ausgabe von 1928

Aus dem Stadtrat

Geht es nach Bürgermeister Dill, hat der Stadtrat nur zu bestätigen, was er ihm vorlegt. Dass der Stadtrat das eigentliche Beschlussgremium der Stadt ist, will dieser Bürgermeister nicht akzeptieren.

Die Thüringer Kommunalverfassung regelt, dass der Stadtrat durch Satzungen und Beschlüsse die Ausrichtung der Stadtpolitik bestimmt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, die Beschlüsse des Stadtrates umzusetzen.

So die Theorie, doch in Arnstadt meint der Bürgermeister, den Stadtrat einfach kalt stellen zu können. Stadtratsbeschlüsse werden durch den Bürgermeister einfach nicht umgesetzt!

In der Öffentlichkeit vermittelt Alexander Dill das Bild, dass der Stadtrat ihn beim Um-

Zum Abwahlverfahren gegen Bürgermeister Alexander Dill

Verantwortung für Arnstadt

Am 22. Oktober diesen Jahres haben 21 Mitglieder des Arnstädter Stadtrats mit einer 2/3 Mehrheit beschlossen, den Bürgern dieser Stadt zur Amtsführung des Bürgermeisters Alexander Dill die Vertrauensfrage vorzulegen. Diese Frage lautet: Wollen wir in Arnstadt weiter der Politik eines Bürgermeisters vertrauen, die unsere Stadt seit drei Jahren als eine Politik des sozialen und kulturellen Kahlschlags, der Planlosigkeit, Intransparenz und Klimavergiftung erlebt? Oder müssen wir nicht die Notbremse ziehen und am 24. Januar 2016 Dill die Rote Karte zeigen und JA sagen zu seiner Abwahl? / von Cornelia Schmidt, Pro Arnstadt, Jens Petermann, DIE LINKE, Knut Vetricch, CDU



Alles was aufblühte in unserer Stadt, lässt Alexander Dill vertrocknen. Mit ihm blickt die Stadt in eine düstere Zukunft.

Wir von Pro Arnstadt, DIE LINKE und der CDU sind der Überzeugung: Der Stadtrat hat richtig gehandelt!

Bürgermeister Alexander Dill ist mit den komplexen Aufgaben seines Amtes nicht nur vollkommen überfordert. Er ist auch nicht bereit, sich beraten zu lassen oder die Angebote der Landesbehörden und Ministerien für Kommunen in Not zu nutzen.

Es ist – leider – nicht übertrieben, wenn wir heute feststellen müssen: Alexander Dill ist dabei, die sozialen, kulturellen, finanziellen und, nicht zu vergessen, auch die wirtschaftlichen und touristischen Fundamente der Stadt zu zerstören. Es ist fünf vor zwölf!

Liebe Arnstädter und Arnstädterinnen, die Entscheidung, Sie an die Wahlurnen

zu rufen, hat unter Ihnen viele Fragen und auch Skepsis hervorgerufen. Zu recht.

Wir wollen mit dieser Zeitung Stellung beziehen und erläutern, warum diese Entscheidung von Verantwortungsbewusstsein zeugt – und nicht, wie man bisweilen lesen und hören kann, von einer destruktiven Haltung des Stadtrates, der nicht einsehen wolle, dass die Stadt sparen muss.

Es ist nämlich in Wahrheit so, dass dieser Stadtrat über zwei Jahre lang dem Bürgermeister gegenüber konstruktiv eingestellt war und die meisten seiner Beschlussvorlagen bestätigt hat.

Es ist auch so, dass die verschiedenen Fraktionen untereinander durchaus zusammenarbeiten. Natürlich gibt es Meinungsverschiedenheiten. Aber wer in

den letzten Jahren Sitzungen des Stadtrats verfolgt hat, wird bestätigen können: Der Ton ist sachlich und konstruktiv.

Es ist nicht so, dass der Stadtrat zerstritten wäre und vor lauter Einzelinteressen den Blick für die Stadt als Ganzes verliert. Die Mitglieder des Stadtrates sind alle ehrenamtlich tätig, sie stecken viel Zeit und Energie in dieses Amt, aus Liebe zu Ihrer Stadt. Dafür gebührt ihnen Respekt.

Es ist nicht so, dass der Stadtrat gegen Alexander Dill ist, weil er als Parteiloser keiner der etablierten Parteien angehört und deswegen „gemobbt“ würde. Alle Fraktionen beegneten dem Bürgermeister nach seiner Wahl im Juni 2012 mit dem gebotenen Respekt. Leider aber war dieser Respekt nie gegenseitig.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Was sich viele fragen:

Und wer kommt dann?

Am 24. Januar sind die Arnstädter von Ihrem Stadtrat aufgerufen, Bürgermeister Dill abzuwählen. Viele fragen sich, wer denn, für den Fall das Dill gehen muss, das Amt übernehmen könne und wolle.

Eine berechnete Frage, und die Mitgliederversammlungen der Parteien und Wählervereinigungen werden im Vorfeld der Abwahl rechtzeitig Ihre Kandidaten für das Amt benennen.

Zugleich ist es den 21 Stadträten wichtig, zu verdeutlichen, dass es nicht darum geht, einfach ein Gesicht auszutauschen und statt eines parteilosen Kandidaten einen aus den eigenen Reihen zu wählen.

Denn die Hürden für eine Bürgermeister-Abwahl sind nur dann zu überwinden, wenn die Gefahr für eine Stadt, die durch das Handeln des Bürgermeisters ausgeht, vom Stadtrat und den Wählerinnen und Wählern höher bewertet wird als alle parteipolitischen Gegensätze von links und rechts.

Diese Situation ist in Arnstadt leider gegeben. Der Abwahlantrag des Stadtrates ist nicht parteipolitisch motiviert. Er ist Ausdruck der Sorge um unsere Stadt unabhängig von der politischen Orientierung!

Er ist Ausdruck der Erkenntnis, dass der amtierende Bürgermeister die allumfassende Machtfülle seines Amtes, sein Informationsmonopol und seinen Vorsitz in fast allen Gremien und Unternehmen der Stadt mißbraucht.

Bürgermeister Dill wähnt sich als Fürst, der niemanden Rechenschaft schuldig sei. Niemand scheint ihn zu korrigieren und beraten. Sein Handeln spricht seinen Wahlversprechungen von Transparenz und Bürgerbeteiligung Hohn. So kann und darf ein Bürgermeister aber nicht handeln!

Ein Bürgermeister muß vermitteln können, integrativ wirken und ein Teamplayer sein. Denn kein Mensch kann die Geschicke einer Stadt alleine bestimmen. Genau das aber will Alexander Dill.

Viele Bürger haben ihm 2012 das Vertrauen ausgesprochen. Zu Erkennen, dass diese Entscheidung eine falsche war, ist keine Schande. Noch können wir Anschluß finden an die positiven Entwicklung, die das Land Thüringen und die meisten seiner Städte nehmen. Noch ist es nicht zu spät.

Stadtrat Arnstadt – dauerhaft kalt gestellt

bau der Stadt blockiere. Fakt ist, dass der Bürgermeister aktuell über 35 Stadtratsbeschlüsse nicht umgesetzt hat.

Hier nur eine kleine Auswahl:

– 2012 haben die städtischen Gremien und der Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft die Sanierung der Wohnungsbestände „An der Weiße“ beschlossen. Die finanzierende Bank, das Landesverwaltungsamt und die Rechtsaufsicht haben die Rentierlichkeit der Investition von rund 5,7 Mio. EUR bestätigt. Der Bürgermeister aber blockiert die Umsetzung. Der Schaden für die Wohnungsbau-Gesellschaft beläuft sich zwischenzeitlich auf über eine Million EUR.

– Der Bahnhofsvorplatz, einschließlich Busbahnhof und öffentlicher Toilettenanlage sollte seit 2012 saniert und neu gebaut werden. Das Land wollte die Investition mit 80 Prozent fördern. Die Umsetzung scheitert am

Bürgermeister. Selbst der gesonderte Neubau der Toilettenanlage liegt auf Eis. Auch hier hat das Land eine 80%ige Förderung in Aussicht gestellt.

– Seit 2013 wartet der Stadtrat auf das Konzept für ein Bürger- und Vereinshaus in Arnstadt. Arnstadt ist die einzige Kreisstadt in Thüringen, die über kein Bürger- und Vereinshaus verfügt.

– Im März 2014 beschloss der Stadtrat den Neubau einer Feuerwache. Bis heute ist noch nicht einmal der neue Standort geklärt.

– Die Reduzierung des Kalkgehaltes im Trinkwasser hat der Stadtrat im März 2014 beschlossen. Hier gibt es zumindest schon mal drei Umsetzungsvarianten. Der Zeitpunkt der Umsetzung ist aber nicht absehbar.

– Obwohl der Stadtrat im Frühjahr 2014 die konzeptionelle Vorbereitung des Stadtrechtsjubiläum 2016 vom Bürgermeister einforderte,

verweigert er diese. Erst durch den Einsatz der 2. Beigeordneten und durch das Engagement zahlreicher Vereine und privater Initiativen geht es voran mit den Vorbereitungen.

– Dies gilt auch für den Weiterbau der Sportanlage „Am Obertunk“. Obwohl es hier alternative Finanzierungsvorschläge durch den Stadtrat gibt, bewegt sich nichts, weil der Bürgermeister offenbar nicht will.

Offen sind weiterhin:

– das vom Stadtrat eingeforderte Personalentwicklungskonzept für die Verwaltung

– ein Kinder- und Jugendangebot im Wohngebiet „West“ – hier gibt es kein Freizeitangebot für Kinder- und Jugendliche, weil angeblich geeignete Räumlichkeiten fehlen.

– das Parkraumkonzept der Stadt, obwohl bereits vor über einem Jahr der Stadtrat hierzu einen Beschluss gefasst hat.

– die Wiederbelebung des Kinder- und Jugendbeirates.

Das Wichtigste ist aber, dass der Bürgermeister bis heute keinen beschlussfähigen Entwurf für einen städtischen Haushalt vorgelegt hat. Damit ist dem Stadtrat die Zuständigkeit für die Stadtfinanzen entzogen worden.

So entscheidet der Bürgermeister alleine und selbtherrlich darüber, was mit den über 30 Millionen EUR, die die Stadt 2015 bisher ohne Haushalt ausgegeben hat, geschah oder noch geschehen wird.

Verantwortung für Arnstadt

(Fortsetzung von Seite 1)

Und es ist erst recht nicht so, dass die Einleitung des Abwahlverfahrens gegen Alexander Dill Ausdruck der Machenschaften einzelner Stadträte sei – ob man damit nun Frank Kuschel meint oder Georg Bräutigam. Jedes Mitglied des Stadtrates hat seine eigene Entscheidung gefasst und läßt sich darin nicht bevormunden – schon gar nicht von Fraktionsvorsitzenden einer anderen Partei.

Wir möchten Sie, liebe Arnstädterinnen und Arnstädter, eher fragen: Ist die demokratisch legitimierte Entscheidung, ein Abwahlverfahren gegen Alexander Dill einzuleiten, nicht auch Ausdruck einer von vielen gewünschten, ja ersehnten fraktions-übergreifenden Geschlossenheit ihres Stadtrates?

Wir bitten Sie: Nehmen Sie sich die Zeit und informieren Sie sich über die Amtsführung dieses Bürgermeisters.

Lesen Sie, was der langjährige Geschäftsführer der WBG, Andreas Adolf, zu berichten hat über den Planungsstillstand An der Weisse, den Sanierungsrückstau auf dem Rabenhold und andere Schäden an der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die der Bürgermeister zu verantworten hat.

Lesen Sie den Artikel über die Amtsführung des Bürgermeisters, der aufzeigt, wie Alexander Dill nach und nach unter dem Vorwand des Zahlungsnotstandes die gesetzlichen Rechte des Stadtrates aushebelt und diesen damit dauerhaft entmachten will.

Lesen Sie vom rüden Kahlschlag gegen die sozialen und kulturellen Vereine der Stadt, der nicht der finanziellen Situation der Stadt geschuldet ist, sondern den persönlichen Vorlieben dieses Bürgermeisters.

Lesen Sie die Berichte aus den Ausschüssen, wie auch hier Feindseligkeiten, das Verschleppen von Entscheidungen und Vorenthalten von Informationen allgegenwärtig sind.

Lesen Sie von der plan- und sinnlosen Zerstörung der Stadtmarketing Arnstadt GmbH und wie der Bürgermeister in seiner Feindschaft gegen den damaligen Geschäftsführer Christoph Gösel das gesamte Stadtmarketing-Management einfach ersatzlos abgeschafft hat.

Lesen Sie von den dramatisch sinkenden Besucherzahlen im Schlossmuseum, von einer städtischen Internetseite, die dringend modernisiert werden müsste, vom lautlosen Sterben des renommierten städtischen Bach-Festivals oder den Plänen, den vor allem von den Kindern so geliebten Tierpark zu schließen.

Lesen Sie unsere Argumente für eine Abwahl von Alexander Dill – in dieser Zeitung oder im Internet unter www.arnstadt-wohin.de.

Treten sie mit uns in Kontakt (siehe Kasten Seite 4).

Vor allem aber: Machen Sie sich ihr eigenes Bild!

Ist die Existenz des Arnstädter Vereinssports bedroht?

Die Vereine der Stadt kommen immer mehr in eine finanzielle Schieflage. Daran haben die Entscheidungen von Bürgermeister Dill großen Anteil

von Georg Bräutigam

So bekommt die übergroße Anzahl der Arnstädter Sportvereine für ihre ehrenamtliche Arbeit in diesem Jahr keinen einzigen Euro aus dem Haushalt der Stadt Arnstadt. Dieses Geld floß bisher zu großen Teilen in die Unterstützung des Kinder und Jugendsportes!

In der Vergangenheit konnten die Vereine auf die wenigen, aber zur Existenz absolut notwendigen finanziellen Mittel, die sie von der Stadt erhielten, vertrauen! Durch die ehrenamtliche Arbeit vieler Trainer, Betreuer,

Aus den städtischen Ausschüssen

EISZEIT im Ausschuss für Jugend, Soziales und Sport

Wie Bürgermeister Alexander Dill mit der Ausschussvorsitzenden und den Mitgliedern umgeht / von Andreas Kühnel

Am 4. September 2014 wird Mareike Graf in der ersten Ausschusssitzung des Ausschusses Jugend, Sport, Soziales (JSS) zur Vorsitzenden gewählt. Auf diesen Tag hatte sie sich gut vorbereitet, auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch völlig unklar war, wie diese Wahl ausgehen würde. Graf nahm diese Wahl an, und Bürgermeister Alexander Dill beglückwünschte sie zu diesem Wahlergebnis. Graf übernahm zeitgleich die Sitzungsleitung und fuhr mit der Tagesordnung fort, als hätte sie noch nie etwas anderes gemacht.

Ihre erste Amtshandlung war die Beschlussvorlagen-Nr. 2014/028, in dem es darum ging,

lung 1:1 durchsetzen könne. Doch das war mit Graf nicht zu machen – das merkte auch der Bürgermeister sehr bald und versuchte von nun an, der Ausschussvorsitzenden ihre Arbeit zu erschweren, wo es nur ging.

Bürgermeister Dill umgeht die Thüringer Kommunalordnung

Die Niederschriften, die zu jeder Sitzung angefertigt werden und eigentlich zeitnah vorliegen sollten (bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses) werden zum Teil mit drei bis vier Monaten Verzug den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Dadurch ist eine



dem Kick-Box-Team Arnstadt einen Betriebskosten-Zuschuss für die Jahre 2016 bis 2018 zu gewähren. Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit Einstimmigkeit.

Mareike Graf muss sich wohl in diesem Moment gedacht haben: „Was für eine Idylle – alle sind sich einig.“ Doch diese Idylle sollte nicht lange anhalten.

Alexander Dill hatte sich offenbar vorgestellt, dass er mit der jungen Mareike Graf eine unerfahrene Vorsitzende als Gegenüber hätte, mit der er seine Pläne zur Stadtumwand-

konstruktive Arbeit im Ausschuss so gut wie unmöglich, da diese Niederschriften als Arbeitsgrundlage dienen.

Noch stärker behindert der Bürgermeister die Erstellung der Tagesordnungen, welche gemäß Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) und der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse im Benehmen mit dem Bürgermeister zu erfolgen hat. Dies ist sinnvoll, da der Bürgermeister als Chef der Verwaltung natürlich den Überblick hat über alle Brennpunkte und dringenden Fragen. Diese Verpflichtung zur Mitarbeit hebt der Bürgermeister aber durch nicht stattfindende

Kommunikation aus. Statt dessen wird die Ausschussvorsitzende via E-Mail aufgefordert, die Tagesordnung für den nächsten Ausschuss umgehend zu erstellen. „Im Benehmen mit dem Bürgermeister“ sieht aus unserer Sicht anders aus.

Anfangs wurde es so geregelt, dass der Bürgermeister in Abstimmung mit der Verwaltung eine Tagesordnung vorschlug und die Ausschussvorsitzende ergänzte diese. Mit dieser Vorgehensweise ließ es sich leben. Seit drei Monaten gibt es nun keine Zusammenarbeit von Dill mehr und Graf muss diese Tagesordnung allein erstellen. Also schreibt sie alle Ausschussmitglieder an, um weitere Ergänzungen zur Tagesordnung abzufragen. So ist jedoch eine Tagesordnung und damit Ausschussarbeit, die die aktuellen Themen eines mit derartig vielen Fragen befassten Ausschusses abbildet, nicht möglich.

Salamitaktik und Tischvorlagen als bewährter Arbeitsstil des Bürgermeisters

Regelmäßig bekommen die Ausschussmitglieder des JSS Tischvorlagen präsentiert, welche „so nebenbei“ in der Verwaltung besprochen wurden. So auch jüngst ein DIN A4-Blatt, dem zu entnehmen war, dass am Sportplatz Rudisleben zum Monatsende das Licht ausgeht – mangels Nachfrage.

Der Ausschuss wurde weder vorher involviert, noch war dies in irgendeiner Form Diskussionsgegenstand. Der Ausschuss wurde nur kurz informiert, dass dem so sei. Auf Nachfragen werden Informationen nur spärlich herausgegeben, so dass man sich von der Gesamtsituation kein komplettes Bild machen kann.

Die schlechte Kommunikation des Bürgermeisters führt auch dazu, dass die Abstimmung mit der Verwaltung in letzter Zeit schwierig und wenig effektiv ist. Wichtige Vorgänge werden nur unzureichend koordiniert. So zum Beispiel ein Besichtigungstermin mit dem Direkt e.V. im Jahnstadion zur möglichen Installation eines Jugendtreffs.

Der Ausschuss schaute sich also in einem Vor-Ort-Termin die Räumlichkeiten des hier ansässigen SV 09 an. Dort wurde dem Ausschuss von Mitgliedern des Direkt e.V. berichtet, dass diesbezüglich bereits mehrere Termine seitens der Verwaltung und dem Verein stattgefunden haben und auch ausführlich erörtert wurde, dass diese Räumlichkeiten aus organisatorischen Gründen zur Nutzung für einen Jugendtreff nicht in Frage kommen. Warum sucht man hier nicht den Kontakt mit der Ausschussvorsitzenden schon während der ersten Gespräche? Warum lässt man Mareike Graf und den Ausschuss zeitintensiv auflaufen? Sieht so ein fairer Umgang und eine konstruktive Zusammenarbeit aus?

Déjà-vu: „Wenn eine Veranstaltung wegfällt, entsteht an anderer Stelle etwas Neues“

Aus der Presse haben Vorsitzende und Ausschuss erfahren müssen, wie mit dem

Faschingsverein „Narrhalla“ umgegangen wurde. Beim Lesen des Artikels kam seinen Mitgliedern ein Satz doch sehr bekannt vor: „Wenn eine Veranstaltung wegfällt, entsteht an anderer Stelle etwas Neues“. Hatte Alexander Dill doch diesen Satz schon einmal im Zusammenhang mit dem „Hochsprung mit Musik“ in die Runde geworfen: In jener Juni-Sitzung des Ausschusses JSS, als es darum ging, dieses Event nicht weiter zu verfolgen und das Augenmerk z.B. auf das MountainBike-Wochenende zu richten. Inzwischen bestreitet der Bürgermeister diesen Satz im Narrhalla-Zusammenhang. Die Mitglieder des Ausschusses wissen jedoch, dass der Bürgermeister mit genau dieser Haltung Traditionsveranstaltungen in Frage stellt.

Ausschuss JSS am Rande der Handlungsunfähigkeit

Zu Recht ist im Ausschuss JSS die Frage gestellt worden, was es denn derzeit noch für einen Sinn hat, zu diesem Ausschuss zu laden? Die Handlungsspielräume des Ausschusses tendieren gegen Null. Allen ist klar, wir müssen sparen. Das geht allerdings nicht, indem man mit dem Kopf durch die Wand rennt und billigend in Kauf nimmt, dass unsere Vereinslandschaft, welche das Leben dieser Stadt erst lebenswert macht, nicht nur rapide ausgedünnt, sondern radikal vernichtet wird.

Allein in diesem Jahr haben die Sportvereine dieser Stadt Bedarfsanmeldungen gemäß Sportförderrichtlinie der Stadt Arnstadt in Höhe von über 83.000 Euro eingereicht, was ungefähr dem Bedarf des Vorjahres entspricht.

Im Gegensatz zum letzten Jahr, werden die Sportvereine dieses Jahr jedoch keine Zuschüsse erhalten. Diese sind aber unbedingt erforderlich, um die Sportanlagen zu pflegen und instandzuhalten, die Kinder- und Jugendförderung weiter zu betreiben, Sportveranstaltungen durchzuführen und Trainings- und Übungsleiter zu unterstützen.

Dank des Haushaltssicherungskonzeptes, das erst mit einer unnötigen Erhöhung des Kas senkredits vor über einem Jahr durch Alexander Dill notwendig wurde, ohne gleichzeitig und vor allem frühzeitig Konzepte vorzulegen, wie mit den schwer oder auch gar nicht auszugleichenden Haushalten 2015 und 2016 umzugehen sei, sind dem Ausschuss JSS die Hände gebunden. Er muss tatenlos zusehen, wie unsere Sport- und Sozialvereine nach und nach kaputt gehen.

Aber wenn wir der Aussage des Bürgermeisters folgen, entsteht ja dort, wo etwas Bewährtes wegfällt, Neues: Wie wäre es mit folgender neuen Perspektive für Arnstadt: als ein tristes graues Dorf mit 10.000 Einwohnern, null Lebensqualität und null Perspektive für Kinder und Jugendliche? Ich möchte das jedenfalls nicht verantworten.

Mareike Graf sitzt dem Ausschuss Jugend, Soziales und Sport als Mitglied der Fraktion die LINKE vor, Andreas Kühnel ist Ausschussmitglied als Mitglied der Fraktion Pro Arnstadt.

Leider hat die große Mehrzahl der Vereine davon aber noch nichts davon gemerkt. So muss man feststellen, dass immer weniger Sponsoren, die oftmals im klein- und mittelständischen Sektor der Wirtschaft angesiedelt sind, sich für den Erhalt und die Arbeit der Sportvereine in Arnstadt stark machen und helfen.

Damit können auch die Sportstätten, die teilweise dringend saniert werden müssten, nicht mehr erhalten oder trotz Zusagen privater Investoren, die mit einem großen Herzen für Arnstadt helfen wollen, nicht saniert werden.

Leider hat der Arnstädter Bürgermeister, wie er es auch zu seiner ersten Sportlerehrung deutlich machte, mit den Arnstädter Sportvereinen „nicht sehr viel am Hut“.

Wie an vielen anderen politischen Entscheidungen zu erkennen, kann dieser Bürgermeister nicht unterscheiden zwischen seinen persönlichen Vorlieben und der Verantwortung seines Amtes. Schade, Herr Dill, denn wenn wir unsere Vereine sterben lassen, stirbt auch ein wichtiger Teil unserer Stadt.



Dringend saniierungsbedürftig, der Schimmel kriecht die Wände hoch, private Sponsoren stehen bereit, aber die Stadt zieht nicht mit: Georg Bräutigam vor den Umkleidekabinen am Sportplatz Obertunk

nen Hilfe und eine finanzielle Unterstützung zu organisieren. Dies umso mehr, da auch die ausländischen Bürger und Asylsuchenden oft

über den Weg der Mitgliedschaft in einem Sportverein gut in Arnstadt integriert werden konnten.

Andreas Adolf über Alexander Dill

Eines der Wahlversprechen, das der damalige Bürgermeisterkandidat Alexander Dill im Jahr 2012 unter der Überschrift: **Wohnen, Umwelt und Verkehr öffentlich gemacht hatte, lautete: Erhöhung der Lebensqualität durch zukunftsfähige Stadtentwicklung, zukunftsfähige Stärkung der Zentren sowohl der Innenstadt, der Wohngebiete als auch der Ortsteile. Andreas Adolf, langjähriger Geschäftsführer der WBG, schildert die vom Bürgermeister Dill praktizierte Wirklichkeit. Sein Fazit: Diesem Mann muss die Verantwortung entzogen werden!**
/ von Andreas Adolf, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Arnstadt mbH bis Dezember 2015



Blickt mit Sorge in die Zukunft des städtischen Unternehmens WBG unter Bürgermeister Alexander Dill: Andreas Adolf an der Weisse in Arnstadt

Der Aufsichtsrat mit seinem Vorsitzenden an der Spitze ist neben der Gesellschafterversammlung das wichtigste Kontrollorgan eines Wirtschaftsunternehmens und insofern ausschließlich diesem verpflichtet.

Seit seinem Amtsantritt als Bürgermeisters hat Herr Dill Kraft Amtes auch den Vorsitz des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Arnstadt mbH (WBG) inne und vertritt den alleinigen Gesellschafter – die Stadt Arnstadt – in Gesellschafterversammlungen.

Allerdings ist unter seinem Vorsitz von dieser Verpflichtung des Aufsichtsgremiums gegenüber dem Unternehmen wenig zu spüren. Im Gegenteil, die in der Vergangenheit von Aufsichts- und Stadtrat gefassten Beschlüsse und zur Umsetzung empfohlenen Maßnahmen sind von ihm pauschal und ohne Hinterfragung ignoriert worden.

Dazu kommt, dass außerhalb von Sitzungen des Aufsichtsrates der Bürgermeister die Kommunikation mit mir als dem Geschäftsführer der WBG in wichtigen und eiligen Angelegenheiten abgelehnt und notwendige Entscheidungen verzögert hat.

Die mangelnde Bereitschaft des Bürgermeisters zur Zusammenarbeit zeigt sich auch daran, dass von ihm für die Jahre 2012 und 2013 die Entlastung sowohl des Aufsichtsrates als auch des Geschäftsführers ohne Begründung verweigert worden ist. Dieser Sachverhalt wird vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen WIBERA im Prüfbericht zum Jahresabschluss der WBG für das Jahr 2014 ausdrücklich kritisch erwähnt.

Die zwischen dem Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender/Vertreter des Gesellschafters und dem Geschäftsführer geführten Auseinandersetzungen gipfelten in „Anweisungen“ an den Geschäftsführer, derartige Angelegenheiten nicht öffentlich zu machen und persönlichen Anfeindungen.

1. Bauvorhaben An der Weiße

Auf der Grundlage des vom Stadtrat in der Vergangenheit per Beschluss gebilligten Stadtentwicklungskonzeptes hat die WBG in den Jahren 2008 und 2009 das Konzept zur nachhaltigen und zukunftsfähigen Aufwertung des innerstädtischen Plattenbauquartiers An der Weiße/Töpfengasse erarbeitet.

Im Mai 2010 wurde dieses Konzept vom Aufsichtsrat bestätigt, im Juni 2010 signalisierte der Bau-, Vergabe- und Umweltaus-

schuss des Stadtrates der Stadt Arnstadt seine Zustimmung zur Umsetzung desselben. Seit 2012 liegt für den 1. Bauabschnitt die Baugenehmigung vor.

Im Ergebnis der weiteren Planungen und Abstimmungen zwischen den Gremien der Stadt, den Stadtwerken und der WBG wurde das Konzept weiterentwickelt. Inhalt und Ziel war eine Aufwertung der Wohnungsbestände der WBG und der Bau einer energieeffizienten Wärmezeugungsanlage und einer Pkw-Stellplatzanlage in diesem Quartier. **Dieser Gesamtkonzeption hat der Stadtrat im März 2012 einstimmig zugestimmt.**

Die Finanzierung des ersten Abschnitts der investiven Aktivitäten der WBG an dieser Stelle soll durch Inanspruchnahme eines vom Landesverwaltungsamt Thüringen bewilligten, für 15 Jahre zinsfreien Darlehens in Höhe von 1,9 Mio. €, durch die Generierung von Fremdmitteln in Höhe von 1,6 Mio. € und den Einsatz von Eigenmitteln in Höhe von rund 1,9 Mio. € sichergestellt werden.

Nach seinem Amtsantritt verweigerte Alexander Dill die Umsetzung dieses Stadtratsbeschlusses. Er stellte die Beschlüsse des Aufsichts- und des Stadtrates zur Realisierung der Konzeption für das Quartier An der Weiße pauschal in Frage.

Herr Dill verstieg sich in die Forderung, dass allein die WBG die aus der Eingemeindung von Rudisleben resultierenden städtischen Schulden dauerhaft zu bedienen habe, **wohlwissend, dass das Unternehmen damit in die Handlungsunfähigkeit getrieben würde.**

Damit nahm er billigend in Kauf, dass der Bestand der gesamten Firma gefährdet wird, da die Banken sein Verhalten so deuten mußten, dass das Unternehmen WBG nicht mehr kreditwürdig ist. Anstehende Verlängerungen von bestehenden Darlehen für andere Projekte wurden von den Banken wegen des Verhaltens des Bürgermeisters verweigert.

Vernachlässigt wurde dabei auch die Tatsache, dass die WBG seit der Eingemeindung von Rudisleben bis Mitte 2013 mit annähernd 10 Mio. € den Kapitaldienst auf die städtischen Schulden bedient hat, ohne dass diesem Aufwand Einnahmen aus den Beständen in Rudisleben gegenüber gestanden hätten. Die Häuser in Rudisleben standen bereits zum Zeitpunkt der Übertragung auf die WBG zum größten Teil leer. Die in Verantwortung der ehemals selbstständigen

Gemeinde Rudisleben aufwändig sanierten Häuser auf dem Gelände der ehemaligen Garnison mussten im Jahr 2009 wegen fehlender Nachfrage abgerissen werden.

Im Zuge der jahrelangen Auseinandersetzungen zu diesem Problembereich zwischen WBG und dem Bürgermeister mussten mit hohem Aufwand und für viel Geld auf Veranlassung des Bürgermeisters mehrere Wirtschaftsunternehmen mit der Erstellung von Gutachten und eines Konzeptes zur Konsolidierung der WBG beauftragt werden. Die Ironie dabei: sämtliche Gutachten haben vom Grundsatz her alle bisherigen Planungen des Unternehmens bestätigt und die vom Bürgermeister geführte Negativargumentation widerlegt!

Vor diesem Hintergrund haben Aufsichts- und Stadtrat im September 2015 beschlossen, dass die WBG nun dauerhaft von einem Teil der Kapitaldienstleistungen auf diese städtischen Schulden freigestellt werden soll. Damit ist der Status des vom Stadtrat im Jahr 2008 gefassten Beschlusses endlich wieder hergestellt und die Grundlage geschaffen, dass die geplanten Investitionsmaßnahmen nach einem Stillstand von 3 Jahren in Angriff genommen werden können. Auch gelang es, Darlehen in zweistelliger Millionenhöhe zu äußerst günstigen Konditionen zu verlängern.

Dem städtischen Unternehmen WBG ist durch das Verhalten von Alexander Dill ein wirtschaftlicher Schaden in 6-stelliger Größenordnung und ein nicht bezifferbarer Imageschaden entstanden. Hinzu kommen die der WBG seit 2014 entgangenen Mieteinnahmen wegen der bislang aus den genannten Gründen nicht möglichen Investitionen.

2. Wohngebiet Rabenhold

Das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Arnstadt sieht unter anderem vor, die Häuser, die von den Straßenzügen Prof.-Frosch-Str. und Prof.-Pabst-Str. im Wohngebiet Rabenhold umfasst sind, abzureißen und das Quartier durch eine neue kleinteilige Bebauung wieder zu beleben und attraktiv aufzuwerten.

Diese Strategie ist seit Amtsantritt des Bürgermeisters zu keinem Zeitpunkt einer näheren Betrachtung unterzogen worden, genauso wenig, wie die erforderliche Grundlage zur Neuausrichtung des zu betrachtenden Quartiers in Form der Erstellung eines Bebauungsplanes in Angriff genommen worden ist.

3. Langfristige Unternehmensplanung

Unter Berücksichtigung der von Aufsichts- und Stadtrat beschlossenen Entlastung der WBG hat das Unternehmen die Planung für den Zeitraum 2015 bis 2024 fortgeschrieben und dabei nachgewiesen, dass es die Investitionen in das innerstädtische Quartier An der Weiße/Töpfengasse als auch in das Gründerzeitviertel leisten kann.

4. Geschäftsführernachfolge

Nach mehr als 25-jähriger Tätigkeit als Geschäftsführer des kommunalen Wohnungsunternehmens endet mein Anstellungsver-

Planungsstufe null, ausgiebig erläutert

Am 22. September 2015 lud Bürgermeister Dill zu einer Ortsteilversammlung in die Ludwig-Bechstein-Schule. Viele waren gekommen, um zu hören, wie es mit Ihrem Viertel weitergeht. Zwei Stunden später waren alle so schlau wie zuvor. Resultat nach drei Jahren und vier Monaten Alexander Dill: Planung Fehlzanzeige.

Die Ungewissheit, in der die Bürger und Bürgerinnen des Rabenhold heute leben, fußt auf einem Beschluss der Stadt irgendwann um das Jahr 2000, angesichts sinkender Einwohnerzahlen den Stadtteil baulich auszdünnen und nur noch die drei Riegel *Am Fürstenberg* stehen zu lassen. Das bedeutete aber auch, keinen weiteren Zuzug in die zum Abriss vorgesehenen Blöcke mehr zuzulassen. Der Leerstand nahm zu, zu den Abrissen kam es jedoch nur teilweise. Denn inzwischen ist die Bevölkerungszahl seit Jahren in Arnstadt fast stabil, und die verschonten Blöcke ließen sich ja auch zu attraktivem und bezahlbarem Wohnraum umbauen, der wieder benötigt wird.

Das alles ist nun seit Jahren bekannt. Die Rabenholder versammelten sich also in der Erwartung, dass die Stadt ihnen konkrete Pläne und Ideen für die Neugestaltung des Rabenholds präsentierte. Dass sie auflistet, welche Art von Wohnungen in welcher Anzahl Arnstadt in mittlerer Zukunft benötigt. Was der Stadt fehlt, z.B. zunehmend bezahlbarer, aber auch hochwertiger Wohnraum ebenso wie barrierefreie Wohnungen, und wie sie den Mangel beheben will. Statt dessen erläuterte Dill, was er sich alles „vorstellen“ könne: größere Wohneinheiten, kleinere Wohneinheiten, Mehrfamilienhäuser, Einfamilienhäuser, gestutzte Blöcke, Wohnhöfe und urbane Räume. O-Ton Dill: „Ich könnte mir hier eine Menge vorstellen.“ Mit anderen Worten: geplant ist nichts.

Fragt sich: was wollte Herr Dill mit dieser Bürgerversammlung? Sollen ihm die Bürger und Bürgerinnen des Rabenhold zurufen: Wir wollen Einfamilienhäuser!? Oder lieber doch „urbane Räume“? Die Bürger in die Planung mit einzubeziehen ist ja richtig, aber dafür sollte es auch eine Planung geben, die man mit Ihnen diskutieren kann. Setzt Dill auf die Schwarmintelligenz der Rabenholder, weil er selbst und seine Verwaltung keine Ideen hat? Das ist echt nicht deren Job. Am Ende der Veranstaltung war Ratlosigkeit die vorherrschende Stimmung: Was wollte Dill uns mitteilen?



hältnis am 31.12.2015. Auf diese Tatsache ist der Aufsichtsrat im November 2014 ausdrücklich aufmerksam gemacht worden, verbunden mit der Bitte, rechtzeitig für die Nachfolge zu sorgen, um eine geordnete Geschäftsbüro sicherzustellen.

Bis Mai 2015 ist nichts passiert. Dann ist auf Beschluss des Aufsichtsrates ein externes Unternehmen, wiederum verbunden mit hohem Kostenaufwand, mit Ausschreibung und Auswahl beauftragt worden. Erst im November 2015 hat dieses Verfahren zu einem Ergebnis geführt. Eine Einarbeitung des Nachfolgers kann nicht stattfinden.

Fazit: Bürgermeister Dill wird der Verantwortung gegenüber der WBG weder als Aufsichtsratsvorsitzender noch als Vertreter des Gesellschafters gerecht. Wer in diesen Funktionen dem zu 100% städtischen Wohnungsunternehmen derartige Image- und wirtschaftliche Schäden zufügt, dem muss diese Verantwortung entzogen werden!

Der Bürgermeister versprach, mit den Planungen zu beginnen. Warum man ihm das nachdreieinhalb Jahren planerischen Stillstandes glauben soll, sagte er nicht.

Es wäre wirklich zu wünschen, denn der Rabenhold ist eine gute Wohnlage mit großen Abstandsflächen und schöner Sicht. Angesagt wäre eine Mischbebauung, die das vorhandene integriert – auch und gerade die alten noch stehenden Blöcke! – und durch Vielfalt und Abwechslung in der Mitte attraktive Wohn- und Aussenflächen schafft. Realisiert durch viele verschiedene Architekten auf Basis eines guten Bebauungsplanes.

Denn wenn die moderne Städteplanung irgendetwas gelernt hat aus den Fehlern der Vergangenheit, dann dies, dass die Menschen dort am liebsten leben, wo sie Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Lernen und Feiern fußläufig verbinden können. Dann besteht auch die Chance, dass sich am Rabenhold oben die Versorgungslage verbessert. Das sollte das Ziel sein.

Frischer Blick auf Arnstadts Schätze

Es ist ein neues Buch erschienen über das Arnstädter Schlossmuseum und seine Sammlungen, in einer kleinen Auflage in einer privaten Edition, welches aber gerade deshalb umso mehr Lob verdient für die herausragende Qualität von Ausstattung, Text, Fotografie und Druck / von Judith Rüber



Mon plaisir, die Sammlungen des Schlossmuseums und die Bachausstellung sind wesentlich für die überregionale und internationale Wahrnehmung Arnstadts. Ohne Stadtmarketing, ohne eine zeitgemäße Internetseite bleiben Arnstadt, seine Schätze und sein touristisches Angebot unterhalb der Wahrnehmungsschwelle.

Das Buch präsentiert sich sehr schlicht, ganz ohne Fotografie im Titel, mit einer rein typografischen Gestaltung: Schlossmuseum zu Arnstadt steht in kleinen gelben Lettern auf dem dunkelrotem Grund des Umschlages, was dem Leser einen gewissen wissenschaftlichen Anspruch signalisiert. Zugleich ist das Buch keineswegs trocken, sondern umfangreich bebildert mit zahlreichen neu aufgenommenen sehr schönen Fotografien.

Kurze, gute geschriebene Texte führen ein in die Geschichte der Schwarzburger, die Sammlung Mon Plaisir, das Porzellan-Kabinett und die Tapisserien, in diese erstaunliche und unterschätzte Wunderkammer, und gleich zweimal heben die Autoren dabei auf eine kulturgeschichtliche Sonderstellung Thüringens ab, indem sie schreiben:

Der Sammelleidenschaft des mitteldeutschen Adels verdankt die Nachwelt heute eine überaus reiche kulturelle Hinterlassenschaft. In Thüringen ist dieses großes Erbe besonders weit verstreut. Auf dem Gebiet dieses Bundeslandes wetteiferten bis zu zwei Dutzend Duodezherrscher erfolgreich in Ihrer Prachtentfaltung. Sie bauten repräsentative Schlösser und legten wertvolle Kunstsammlungen an.

Es ist erfrischend zu sehen, mit welchem liebevollem Augenmerk sich die Edition Logika aus München den Schätzen des Schlossmuseum zu Arnstadt, der Heidecksburg in Rudolstadt oder der Staatliche Bücher- und Kupferstichsammlung Greiz, die in früheren Bänden vorgestellt wurden, widmet: Großartigen Schätzen jenseits der Wartburg, jenseits von Erfurt oder Weimar – den sogenannten „Leuchttürmen“, wie die Thüringer Tourismus GmbH die touristischen Ziele nennt, deren Ruf zu mehren sie sich unter weitgehender Ausblendung des restlichen Thüringens auf die Fahnen geschrieben hat.

Diese Edition ist umso erfreulicher, als die Thüringer Residenzstädte und ihre Geschichte dem Westen lange aus dem Blick verschwunden und dem Osten – als feudale Vergangenheit – lange anrücklich waren. Thüringens Reichtum liegt in der

kulturellen Vielfalt eben dieser Residenzstädte, von Sondershausen bis Gera, ihren Architekturen, den Stadt- und Parkanlagen, ihren Theatern und Orchestern, Museen, Sammlungen und Archiven, die immer stärker in den Fokus einer interessierten internationalen Öffentlichkeit rücken.

Auch in den Fokus einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit, wie dieses Jahr an der internationalen Begeisterung für das einzigartige perlenverzierte Schmelzzim-

Alleinstellungsmerkmal, das noch stärker kommunizieren müssen, und das insbesondere für Städte wie Arnstadt zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor werden kann und muss.

Tourismus in Thüringen ist Kulturtourismus. Hier liegt die Zukunft. Das Bedürfnis der Deutschen, sich ihrer Geschichte zu besinnen und diese – im wahrsten Sinne des Wortes – zu begreifen, wächst von Jahr zu Jahr. Und nicht nur das der Deutschen. International bis nach China ist



Chinesischer Wasserspender für den Schreibtisch, 17. Jahrhundert, Schlossmuseum Arnstadt

mer im Arnstädter Neuen Palais, dem Schlossmuseum, zu erfahren war. Hier wird sich die Wissenschaft als Wegbereiter erweisen für einen breiten Kulturtourismus auf den Spuren der mitteldeutschen Kleinstaaterei.

Man kann in Thüringen wunderbar Wandern und Radfahren, Baumwipfel erkunden und Bratwürste essen, das eigentliche touristische Potential dieses Landes jedoch liegt in der kulturellen Dichte seiner barocken Schätze. Hier liegt das

deutsche Kulturgeschichte von Cranach über Bach und Goethe bis zum Bauhaus ein Objekt der Neugierde, Bewunderung und Sehnsucht: Aus China zurückkehrende Freunde berichteten vom dortigen Interesse an deutscher Kultur und brachten als Beleg zwei chinesische „Bauhaus-Becher“ aus Schenchen mit. Thüringen ist das Herzland der deutschen Kulturgeschichte, und Arnstadt mitten darin.

Erhältlich im Museumshop des Schlossmuseums zu Arnstadt für 12,90 €.



Kein Geld für die Ortsteile

Geht es nach dem Willen des Arnstädter Bürgermeisters Alexander Dill, werden die Ortsteile von Arnstadt kein Geld mehr bekommen. Bisher hatten die Ortsteile pro Jahr 5 Euro für jeden Einwohner erhalten. Mit diesem Geld konnten die Ortsteilbürgermeister und die Ortsteilräte Vereine und traditionelle Veranstaltungen fördern.

Der Bürgermeister begründet seine Verweigerungshaltung mit der haushaltslosen Zeit für die Stadt. Ortsteilgelder seien eine sogenannte freiwillige Leistung. Und derartige freiwillige Leistungen seien ohne städtischen Haushalt unzulässig.

Die Stadtratsfraktionen von Pro Arnstadt und LINKE sehen dies anders und verweisen auf die gesetzlichen Regelungen in der Thüringer Kommunalordnung. Nach § 45 der Kommunalordnung haben die Ortsteile einen Rechtsanspruch auf die Bereitstellung finanzieller Mittel. Konkreter Bestimmungen enthält das Gesetz nicht, um so den Kommunen noch ausreichend Ermessensspielraum offen zu halten.

Der Finanzausschuss des Stadtrates hat mit deutlicher Mehrheit die Empfehlung ausgesprochen, die Zuschüsse an die Ortsteile wie bisher auszuzahlen. Der Bürgermeister drohte bereits mit der Beanstandung des Beschlusses, sollte der Stadtrat die Empfehlung des Finanzausschusses bestätigen. Damit bleibt sich der Bürgermeister treu: dem Stadtrat wird keinerlei Beschlusskompetenz zugestanden. Nur der Bürgermeister darf entscheiden.

Fragwürdig ist hier auch das Verhalten der zuständigen Rechtsaufsicht. Ohne die Argumente des Stadtrates bei der Entscheidung und Bewertungen einzubeziehen, werden die Wünsche des Bürgermeisters rechtlich „unterfüttert“. Dabei ist in Thüringen geregelt, dass die Rechtsaufsichtsbehörden keinen Einfluss auf städtische Entscheidungsprozesse nehmen dürfen. In Bezug auf Arnstadt hat die Rechtsaufsichtsbehörde aber zwischenzeitlich den Status eines städtischen Zwangsverwalters. Diese Rolle der Rechtsaufsicht ist aber der Wille und Wunsch des Bürgermeisters. Auch dies ist nahezu einzigartig in Thüringen. Ein Bürgermeister, der im Grundsatz seine Stadt ausschließlich in den Willen der Rechtsaufsichtsbehörde legt, gibt es in Thüringen kein zweites Mal.

In der haushaltslosen Zeit, auf die der Bürgermeister verweist, ist geregelt, dass die Stadt nur Ausgaben für Leistungen tätigen darf, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist. Dies betrifft einerseits gesetzliche Aufgaben, aber auch Leistungen, die die Stadt vertraglich bindet. Auch darf die Stadt Geld ausgeben, um irreparable Schäden zu verhindern. Hierfür gibt es keinen abschließenden Aufgabenkatalog. Vielmehr muss die Stadt immer im Einzelfall entscheiden.

In Arnstadt meint der Bürgermeister, dass nur er solche Entscheidungen im Einzelfall treffen darf. Eine Beteiligung des Stadtrates kommt für den Bürgermeister nicht in Frage.

Hier wird einmal mehr deutlich, wem die haushaltslose Zeit ins Konzept passt und weshalb der Bürgermeister keinerlei Anstrengungen unternimmt, um einen beschlussfähigen Haushaltsentwurf dem Stadtrat zuzuleiten.

In anderen Städten gibt es derartige Verweigerungshaltungen der Bürgermeister nicht. Die Regelungen in der ThürKO werden dort im Interesse der Ortsteile zur Anwendung gebracht. Damit ist die Bezuschussung der Ortsteile gesichert.

Doch was anderswo Normalität ist, funktioniert in Arnstadt nicht. Weil Alexander Dill offenbar keine funktionierenden Ortsteile und Ortsbeiräte will. Ohne diese Zuschüsse sind die Ortsteilräte nahezu neutralisiert.

Der Bürgermeister denkt offenbar bei seinem Umgang mit den Ortsteilen nicht an die Wirkung auf die Gemeinden, die im Rahmen der anstehenden Gebietsreform für eine Eingemeindung nach Arnstadt in Frage kommen. Diese Gemeinden werden alles tun, um die Eingemeindung nach Arnstadt zu verhindern. Denn welche dieser Gemeinden wollen schon als künftiger Arnstädter Ortsteil ohne jegliche Finanzmittel dastehen?

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Dr. Jan Kobel

Pfarrhof 1 | D-99310 Arnstadt

www.arnstadt-wohin.de

0171.1208500

Gedruckt bei:

Brune-Mettcker Druck- u. Verlags-GmbH
Parkstraße 8 / 26382 Wilhelmshaven
Auflage: 10.000

Wir wünschen allen eine schöne und geruhige Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr 2016!